

No. 35260

**Austria
and
Slovakia**

Treaty between the Republic of Austria and the Slovak Republic on cooperation and reciprocal assistance in cases of catastrophes. Vienna, 11 June 1997

Entry into force: *1 November 1998 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 17*

Authentic texts: *German and Slovak*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Austria, 27 October 1998*

**Autriche
et
Slovaquie**

Traité entre la République d'Autriche et la République slovaque sur la coopération et l'assistance réciproque en cas de catastrophes. Vienne, 11 juin 1997

Entrée en vigueur : *1er novembre 1998 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 17*

Textes authentiques : *allemand et slovaque*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Autriche, 27 octobre 1998*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

**VERTRAG
ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER SLOWAKISCHEN
REPUBLIK ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT UND DIE GEGENSEITIGE
HILFELEISTUNG BEI KATASTROPHEN**

Die Republik Österreich
und
die Slowakische Republik

(im folgenden: Vertragsparteien), überzeugt von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten mit dem Ziel, gegenseitige Hilfe bei Katastrophen zu leisten, im Bewußtsein der Tatsache, daß sich diese jederzeit ereignen können, in dem Wunsche, einen Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik über die Zusammenarbeit und die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen zu schließen, sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand

(1) Dieser Vertrag regelt die Bedingungen für die Zusammenarbeit und für freiwillige Hilfeleistungen bei Katastrophen auf dem Gebiet der anderen Vertragspartei auf deren Ersuchen hin, vor allem die Bedingungen für die Entsendung und den Einsatz von Hilfsmannschaften, von einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen und des Materials.

(2) Durch diesen Vertrag wird die übliche Nachbarschaftshilfe im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nicht berührt.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke der Auslegung und Durchführung dieses Vertrages bedeuten die Begriffe:

„Katastrophe“

ein Naturereignis oder ein durch unvorhersehbare technische oder andere Geschehnisse verursachtes Ereignis, bei dem auf Grund seines außerordentlichen Umfangs bereits eine Gefährdung von Leben, Gesundheit und Eigentum eingetreten ist oder eine solche Gefährdung unmittelbar bevorsteht;

„Hilfereisuchender Staat“

diejenige Vertragspartei, deren zuständige Behörden die andere Vertragspartei um Hilfeleistung ersuchen;

„Hilfeleistender Staat“

diejenige Vertragspartei, deren zuständige Behörden einem Ersuchen der anderen Vertragspartei um Hilfeleistung stattgeben;

„Hilfsmannschaften“ oder „einzelne zur Hilfeleistung entsandte Personen“
Person(en), die der hilfeleistende Staat zur Hilfeleistung bestimmt;

„Ausrüstung“
das Material, insbesondere technische Geräte, die Verkehrsmittel und die Rettungshunde für den Einsatz sowie die Güter für den Eigenbedarf;

„Hilfsgüter“
Güter, die zur unentgeltlichen Abgabe an die betroffene Bevölkerung auf dem Gebiet des hilfeersuchenden Staates bestimmt sind.

Artikel 3

Behörden

- (1) Die für die Stellung und Entgegennahme von Hilfeersuchen zuständigen Behörden sind:
 - auf der Seite der Republik Österreich:
 - der Bundesminister für Inneres;
 - die Burgenländische Landesregierung;
 - die Niederösterreichische Landesregierung;
 - auf der Seite der Slowakischen Republik:
 - der Innenminister der Slowakischen Republik.
- (2) Die zuständigen Behörden sind ermächtigt, bei der Durchführung dieses Vertrages unmittelbar miteinander in Verbindung zu treten.
- (3) Die Vertragsparteien werden unverzüglich die Adressen und Fernmeldeverbindungen der zuständigen Behörden austauschen.
- (4) Die Vertragsparteien unterrichten einander auf diplomatischem Wege unverzüglich über Änderungen, die die Zuständigkeiten dieser Behörden betreffen.

Artikel 4

Hilfeersuchen

- (1) Eine Hilfeleistung erfolgt ausschließlich auf Ersuchen der zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei.
- (2) Das Ersuchen gemäß Absatz 1 wird schriftlich, gegebenenfalls mündlich, in der Sprache der ersuchten Vertragspartei oder in Englisch gestellt. Mündlich gestellte Ersuchen sind nachträglich schriftlich zu bestätigen.
- (3) Im Zuge des Hilfeersuchens bezeichnen die zuständigen Behörden Art und Umfang der Hilfeleistung, ohne auf Einzelheiten der Durchführung eingehen zu müssen.

Artikel 5

Arten der Hilfeleistung

- (1) Die Hilfe wird durch die Entsendung von Hilfsmannschaften oder einzelne zur Hilfeleistung entsandte Personen, durch die Sendung von Hilfsgütern oder auf andere geeignete Weise erfolgen.
- (2) Hilfsmannschaften oder einzelne zur Hilfeleistung entsandte Personen können zur Durchführung von Rettungs- und Bergungsarbeiten, zur Beseitigung der Folgen von Katastrophen sowie zur Abwehr drohender Katastrophen eingesetzt werden. Sie sollen über die hierzu erforderliche Ausbildung und über die notwendige Ausrüstung verfügen.
- (3) Der Transport der Hilfsmannschaften, einzelner zur Hilfeleistung entsandter Personen, der Ausrüstung und der Hilfsgüter kann auf dem Land-, Wasser- oder Luftweg erfolgen.

Artikel 6

Überschreiten der Staatsgrenze und Aufenthalt

- (1) Die Angehörigen einer Hilfsmannschaft können die Staatsgrenze ohne Reisedokumente passieren und sich auf dem Gebiet des hilfeersuchenden Staates während des Zeitraumes der Hilfeleistung ohne Sichtvermerk und ohne Aufenthaltsgenehmigung aufhalten. Der Leiter der Hilfsmannschaft hat auf Verlangen ein Dokument vorzuweisen, das seine Zuständigkeit nachweist und die Namensliste der Angehörigen der Hilfsmannschaft enthält.

(2) Bei besonderer Dringlichkeit kann die Staatsgrenze auch außerhalb der zugelassenen Grenzübergangsstellen ohne Beachtung der sonst hierfür geltenden Vorschriften überschritten werden. In diesem Fall ist ein für die Grenzübergangsstellen zuständiges Organ unverzüglich davon zu unterrichten.

(3) Sofern dies zu ihrer üblichen Ausrüstung zählt, sind die Hilfsmannschaften dazu berechtigt, auf dem Gebiet des hilfeersuchenden Staates Uniform zu tragen. Schusswaffen und Munition dürfen auf das Gebiet des hilfeersuchenden Staates nicht mitgeführt werden.

(4) Die Erleichterungen beim Übertritt der Staatsgrenze nach den Absätzen 1 und 2 gelten auch für Personen, die bei einer Katastrophe evakuiert werden müssen.

Artikel 7

Grenzübergang der Ausrüstung und der Hilfsgüter

(1) Die Vertragsparteien erleichtern die Ein- und Ausfuhr der Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter. Der Leiter einer Hilfsmannschaft hat den Grenzkontrollorganen des hilfeersuchenden Staates beim Grenzübergang lediglich ein Verzeichnis der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter zu übergeben. Erfolgt bei besonderer Dringlichkeit der Grenzübergang außerhalb zugelassener Grenzübergangsstellen, ist dieses bei erster Gelegenheit einer zuständigen Zollstelle zu überreichen.

(2) Die Hilfsmannschaften oder die einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen dürfen außer Ausrüstungsgegenständen und Hilfsgüter keine Waren mitführen.

(3) Auf Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter finden die Verbote und Beschränkungen für den grenzüberschreitenden Warenverkehr keine Anwendung. Soweit Ausrüstungsgegenstände nicht verbraucht werden, sind sie wieder auszuführen. Werden Ausrüstungsgegenstände als Hilfsgüter zurückgelassen, so sind Art und Menge sowie der Verbleib der verantwortlichen Behörde des hilfeersuchenden Staates anzuzeigen, welche die zuständige Zollstelle hiervon benachrichtigt. In diesem Fall gilt das Recht des hilfeersuchenden Staates.

(4) Absatz 3 findet auch Anwendung auf die Einfuhr von Suchtgiften und psychotropen Substanzen in den hilfeersuchenden Staat und die Wiederausfuhr der nicht verbrauchten Mengen in den hilfeleistenden Staat. Dieser Warenverkehr gilt nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinne der internationalen Übereinkommen betreffend Suchtgifte und psychotrope Substanzen. Suchtgifte und psychotrope Substanzen dürfen nur nach Maßgabe des dringlichen medizinischen Bedarfs mitgeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den gesetzlichen Bestimmungen der Vertragspartei eingesetzt werden, dem die Hilfsmannschaft angehört. Die verbrauchten Suchtgifte und psychotropen Substanzen werden der Verbrauchsstatistik des hilfeleistenden Staates zugerechnet.

(5) Die Vertragsparteien werden bei Gegenseitigkeit die bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter im hilfeersuchenden Staat

- ohne förmliches Verfahren und ohne Leistung einer Sicherstellung zur abgabenfreien vorübergehenden Verwendung zulassen und
- diese frei von allen Eingangsabgaben lassen, soweit sie verbraucht sind.

Artikel 8

Einsätze mit Luftfahrzeugen

(1) Luftfahrzeuge können für die schnelle Heranführung der Hilfsmannschaften oder einzelner zur Hilfeleistung entsandter Personen und für andere Arten von Hilfeleistungen benutzt werden.

(2) Jede Vertragspartei gestattet, daß Luftfahrzeuge, die vom Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aus gemäß Absatz 1 eingesetzt werden, sein Hoheitsgebiet überfliegen und auch außerhalb von Flugplätzen mit Paß- und Zollkontrolle genehmigten Flugfeldern landen und abfliegen.

(3) Die Verwendung von Luftfahrzeugen ist der zuständigen Behörde des hilfeersuchenden Staates und den zuständigen Flugsicherungsstellen unverzüglich mit Angaben über Art, Type und Kennzeichen des Luftfahrzeuges, Besatzung, Beladung, Abflugzeit, voraussichtliche Route und Landeort mitzuteilen.

(4) Die Bestimmungen des Artikels 6 werden auf die Besatzungen und mitfliegenden Hilfsmannschaften angewandt.

(5) Die Bestimmungen des Artikels 7 werden auf die Luftfahrzeuge und sonstigen mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter angewandt.

(6) Soweit sich aus den Absätzen 2 und 3 nichts anderes ergibt, sind die innerstaatlichen luftfahrtrechtlichen Verkehrsvorschriften jener Vertragspartei anzuwenden, auf deren Gebiet der Flugverkehr stattfindet.

(7) Die Verwendung von Militärluftfahrzeugen ist nur mit Zustimmung des hilfeersuchenden Staates zulässig.

Artikel 9

Koordination und Gesamtleitung

(1) Die Koordination und Gesamtleitung der sich aus diesem Vertrag ergebenden Rettungs- und Hilfsmaßnahmen obliegt in jedem Fall den Behörden des hilfeersuchenden Staates.

(2) Aufträge an die Hilfsmannschaften des hilfeleistenden Staates werden ausschließlich an ihre Leiter gerichtet, welche die Art der Durchführung gegenüber den ihnen unterstellten Kräften anordnen.

(3) Die Behörden des hilfeersuchenden Staates leisten den Hilfsmannschaften oder einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen des hilfeleistenden Staates Schutz und Hilfe.

Artikel 10

Einsatzkosten

(1) Der hilfeleistende Staat hat gegenüber dem hilfeersuchenden Staat keinen Anspruch auf Ersatz der Kosten der Hilfeleistung. Dies gilt auch für Kosten, die durch Verbrauch, Beschädigung oder Verlust der Ausrüstung entstehen.

(2) Im Fall der gänzlichen oder teilweisen Wiedereinbringung der Kosten der Hilfeleistung wird der hilfeleistende Staat vorrangig entschädigt.

(3) Kosten der Hilfeleistungen durch natürliche und juristische Personen, die der hilfeleistende Staat auf Ersuchen hin lediglich vermittelt, trägt der hilfeersuchende Staat.

(4) Die Hilfsmannschaften oder die einzelnen zur Hilfeleistung entsandten Personen des hilfeleistenden Staates werden während der Dauer des Einsatzes im hilfeersuchenden Staat auf dessen Kosten verpflegt und untergebracht sowie mit Gütern für den Eigenbedarf versorgt, wenn die mitgeführten Bestände aufgebraucht sind. Sie erhalten im Bedarfsfall logistische einschließlich medizinische Hilfe.

Artikel 11

Schadenersatz

(1) Jede Vertragspartei verzichtet auf alle ihr gegen die andere Vertragspartei oder deren zur Hilfeleistung bestimmte Personen zustehenden Ansprüche auf Ersatz von Vermögensschäden, die von einer zur Hilfeleistung bestimmten Person der anderen Vertragspartei im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrages verursacht worden sind.

(2) Jede Vertragspartei verzichtet auf alle ihr gegen die andere Vertragspartei oder deren zur Hilfeleistung bestimmte Personen zustehenden Ansprüche auf Ersatz von Schäden, die auf einer Gesundheitsschädigung oder dem Tod einer zur Hilfeleistung bestimmten Person im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrages beruhen.

(3) Wird durch eine zur Hilfeleistung bestimmte Person des hilfeleistenden Staates im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrages im Gebiet des hilfeersuchenden Staates Dritten ein Schaden zugefügt, so haftet der hilfeersuchende Staat für den Schaden nach Maßgabe der Vorschriften, die im Fall eines durch eigene zur Hilfeleistung bestimmte Personen verursachten Schadens Anwendung fänden. Ein Regreß des hilfeersuchenden Staates, der den Schaden ersetzt hat, gegen den hilfeleistenden Staat oder deren zur Hilfeleistung bestimmte Personen besteht nicht.

(4) Die Behörden der Vertragsparteien arbeiten bei der Erledigung von Schadenersatzansprüchen eng zusammen.

(5) Dieser Artikel gilt auch nach Außerkrafttreten des Vertrages, wenn der Schaden noch zur Zeit seiner Geltung eingetreten ist.

Artikel 12

Evakuierte Personen

(1) Personen, die bei einer Katastrophe als Evakuierte und deren Begleiter vom Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in das Hoheitsgebiet der anderen gelangt sind, erhalten dort bis zum Zeitpunkt der frühesten Rückkehrmöglichkeit die notwendige Versorgung und Hilfe. Der hilfeersuchende Staat erstattet die Kosten dieser Unterstützung und der Rückführung dieser Personen.

(2) Jede Vertragspartei ist verpflichtet, Evakuierte und deren Begleitpersonen, die von seinem Hoheitsgebiet auf dasjenige der anderen Vertragspartei gelangt sind, wieder aufzunehmen. Soweit es sich um Personen handelt, die nicht Angehörige der wiederaufnehmenden Vertragspartei sind, bleiben sie dem gleichen ausländerrechtlichen Status wie vor dem Übertritt der Staatsgrenze unterstellt.

Artikel 13

Weitere Formen der Zusammenarbeit

- (1) Die Vertragsparteien arbeiten darüber hinaus insbesondere in folgenden Bereichen zusammen:
- a) zur Vorbeugung von Katastrophen, indem sie alle zweckdienlichen Informationen wissenschaftlich-technischer Art austauschen und Tagungen, Forschungsprogramme, Fachkurse und gemeinsame Übungen vorsehen;
 - b) zum Austausch von Informationen über Gefahren, die sich auch auf das Gebiet der anderen Vertragspartei auswirken könnten; die gegenseitige Unterrichtung umfaßt auch die Übermittlung von Meßdaten.
- (2) Für gemeinsame Übungen gelten die Bestimmungen dieses Vertrages sinngemäß.
- (3) Informationen, die nach den innerstaatlichen Vorschriften der Vertragsparteien geheimzuhalten sind, können nicht Gegenstand des Informationsaustausches sein.

Artikel 14

Fernmelde- und Funkverbindungen

Die Vertragsparteien treffen gemeinsam Vorkehrungen für die bei Hilfeleistung erforderlichen Fernmelde- und Funkverbindungen.

Artikel 15

Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung dieses Vertrages, die nicht unmittelbar durch die befähigten Behörden beigelegt werden können, werden auf diplomatischem Wege bereinigt.

Artikel 16

Andere vertragliche Regelungen

Bestehende zweiseitige vertragliche Regelungen zwischen den Vertragsparteien bleiben unberührt; mehrseitige Abkommen nur insofern, als dieser Vertrag keine andere Regelung vorsieht.

Artikel 17

Inkrafttreten

- (1) Dieser Vertrag ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden werden in Preßburg ausgetauscht.
- (2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 18

Geltungsdauer

Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und kann von jeder der Vertragsparteien schriftlich, auf diplomatischem Wege gekündigt werden. Er tritt sechs Monate nach dem Zugang der Kündigung außer Kraft.

GESCHEHEN zu Wien am 11. Juni 1997 in zwei Urschriften in deutscher und slowakischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Benita Ferrero-Waldner

Für die Slowakische Republik:

Josef Sestak

[SLOVAK TEXT — TEXTE SLOVAQUE]

ZMLUVA

MEDZI SLOVENSKOU REPUBLIKOU A RAKÚSKOU REPUBLIKOU O SPOLUPRÁCI A VZÁJOMNEJ POMOCI PRI KATASTROFÁCH

Slovenská republika

Rakúska republika

(Ďalej len „zmluvné strany“) presvedčené o potrebe spolupráce medzi obidvoma štátmi s cieľom poskytovať si vzájomnú pomoc pri katastrofách;

s vedomím skutočnosti, že tieto môžu nastať kedykoľvek.

so želaním uzavrieť Zmluvu medzi Slovenskou republikou a Rakúskou republikou o spolupráci a vzájomnej pomoci pri katastrofách

dohodli sa takto:

Článok 1

Predmet

(1) Táto Zmluva upravuje podmienky spolupráce a dobrovoľného poskytovania pomoci pri katastrofách na území druhej zmluvnej strany; na jej žiadosť, predovšetkým podmienky vyslania a nasadenia oddielov pomoci alebo jednotlivých osôb zaslaných na pomoc a materiál.

(2) Táto Zmluva sa netýka obvyklej susedskej pomoci poskytovanej v rámci cezhraničnej spolupráce.

Článok 2

Vymedzenie pojmov

Na účely výkladu a vykonávania tejto Zmluvy znamenajú pojmy:

„katastrofa“ – prírodná pohroma alebo situácia zapríčinená nepredvídateľnými technickými alebo inými udalosťami, pri ktorej v dôsledku jej mimoriadneho rozsahu už boli ohrozené životy, zdravie a majetok, alebo takéto ohrozenie bezprostredne hrozí;

„štát žiadajúci o pomoc“ – zmluvná strana, ktorej príslušné orgány žiadajú o pomoc druhej zmluvnej strane;

„štát poskytujúci pomoc“ – zmluvná strana, ktorej príslušné orgány vyhovelí žiadosti druhej zmluvnej strany o poskytnutie pomoci;

„oddiely pomoci“ alebo „jednotlivé osoby zaslané na pomoc“ – osoby, ktoré určí štát poskytujúci pomoc na poskytnutie pomoci;

„výbava“ – materiál, najmä technické a dopravné prostriedky, záchrannárske psy na účely nasadenia, ako aj predmety osobnej potreby;

„predmety pomoci“ – predmety, ktoré sú určené na bezplatné poskytnutie postihnutému obyvateľstvu na území štátu žiadajúceho o pomoc.

Článok 3

Orgány

(1) O pomoc môžu žiadať a pomoc prijať tieto príslušné orgány:

- za Slovenskú republiku:
minister vnútra Slovenskej republiky;
- za Rakúsku republiku:
spolkový minister vnútra;
krajinská vláda Burgenlandu;
krajinská vláda Niederösterreichu.

(2) Príslušné orgány sú splnomocnené nadviazať pri vykonávaní tejto Zmluvy bezprostredný vzájomný styk.

(3) Zmluvné strany si bezodkladne vymenia adresy a údaje o spojení príslušných orgánov.

(4) Zmluvné strany sa diplomatickou cestou bezodkladne vzájomne informujú o zmenách týkajúcich sa kompetencií týchto orgánov.

Článok 4

Žiadosť o pomoc

- (1) Pomoc sa poskytuje výlučne výlučne na žiadosť príslušných orgánov druhej zmluvnej strany.
- (2) Žiadosť podľa odseku 1 sa podáva písomne, prípadne ústne v jazyku zmluvnej strany žiadanej o pomoc alebo v anglickom jazyku. Žiadosti podané ústne musia byť dodatočne potvrdené písomne.
- (3) V žiadosti o poskytnutie pomoci uvedú príslušné orgány jej druh a rozsah bez podrobností o jej realizácii.

Článok 5

Druhy pomoci

- (1) Pomoc sa poskytuje vyslaním oddielov pomoci alebo jednotlivých osôb zaslaných na pomoc, zastáním predmetov pomoci alebo iným vhodným spôsobom.
- (2) Oddiely pomoci alebo jednotlivé osoby zaslané na pomoc môžu byť nasadené na vykonávanie záchranných a vyslobodzovacích prác, na likvidáciu následkov katastrof, ako aj na odvrátenie ich hrozby. Mali by mať potrebný výcvik a disponovať potrebnou výbavou.
- (3) Preprava oddielov pomoci alebo jednotlivých osôb zaslaných na pomoc, výbavy a predmetov pomoci sa môže uskutočniť suchozemskou, vodnou alebo vzdušnou dopravou.

Článok 6

Prechod štátnej hranice a pohyb

- (1) Členovia oddielu pomoci môžu prechádzať cez štátnu hranicu bez cestovných dokladov a na území štátu žiadajúceho o pomoc sa môžu počas poskytovania pomoci zdržiavať bez víza a povolenia na pobyt. Vedúci oddielu pomoci však musí na požiadanie predložiť dokument, ktorý potvrdzuje jeho postavenie a menný zoznam oddielu pomoci.
- (2) V mimoriadne naliehavom prípade možno prekročiť štátnu hranicu aj mimo schválených hraničných priechodov bez dodržania inak platných predpisov. V tomto prípade treba o tom bezodkladne informovať hraničný kontrolný orgán.
- (3) Ak to patrí k obvyklej výbave, sú oddiely pomoci oprávnené na území štátu žiadajúceho pomoc nosiť uniformu. Na územie štátu žiadajúceho o pomoc je neprípustné doviezť strelné zbrane a muníciu.
- (4) Účavy pri prekračovaní štátnej hranice podľa odsekov 1 a 2 platia aj pre osoby, ktoré musia byť pri katastrofe evakuované.

Článok 7

Preprava výbavy a predmetov pomoci cez štátnu hranicu

- (1) Zmluvné strany uľahčia dovoz a vývoz výbavy a predmetov pomoci. Vedúci oddielu pomoci musí pri prechode štátnej hranice predložiť hraničným kontrolným orgánom štátu žiadajúceho pomoc len zoznam prevážanej výbavy a predmetov pomoci. Ak sa v mimoriadne naliehavom prípade štátna hranica prekračuje mimo schválených hraničných priechodov, musí sa tento zoznam pri najbližšej príležitosti odovzdať príslušnej colnici.
- (2) Oddiely pomoci alebo jednotlivé osoby zaslané na pomoc nesmú okrem výbavy a predmetov pomoci so sebou prevážať žiadny tovar.
- (3) Na výbavu a predmety pomoci sa nevzťahujú zákazy a obmedzenia týkajúce sa dovozu a vývozu tovaru cez štátnu hranicu. Ak sa výbava nespotrebuje, opäť sa vyvezie. Ak sa výbava ponechá ako predmet pomoci, potom treba uviesť druh, množstvo, ako aj miesto jej ponechania príslušnému orgánu v štáte žiadajúcom o pomoc, ktorý to oznámi príslušnej colnici. V tomto prípade platia právne predpisy štátu žiadajúceho o pomoc.
- (4) Ustanovenia odseku 3 sa vzťahujú aj pre dovoz omamných látok a psychotropných substancií do štátu žiadajúceho o pomoc a pre spätný vývoz ich nespotrebovaného množstva do štátu poskytujúceho pomoc. Tento obeh tovaru sa nepovažuje za dovoz a vývoz v zmysle medzinárodných dohovorov o omamných látkach a psychotropných substanciách. Omamné látky a psychotropné substancie sa môžu dovážať iba v množstve potrebnom pre naliehavú lekársku potrebu a použitie ich môže len kvalifikovaný zdravotnícky personál podľa zákonných ustanovení zmluvnej strany, ktorej oddiel pomoci patrí.

Spotrebované omamné látky a psychotropné substancie sa pripíšu do štatistiky štátu poskytujúceho pomoc.

- (5) Zmluvné strany na základe reciprocity pri poskytovaní pomoci v štáte žiadajúcom o pomoc
- dovoľia prechodné bezplatné používanie výbavy a predmetov pomoci bez formálnych postupov a zloženia colnej zábezpeky a
 - nezaťažia ich žiadnymi dovoznými platbami, ak boli spotrebované.

Článok 8

Nasadenie leteckých prostriedkov

(1) Letecké prostriedky sa môžu použiť na rýchly presun oddielov pomoci alebo jednotlivých osôb zaslaných na pomoc a na iné druhy poskytovania pomoci.

(2) Každá zmluvná strana dovoľí, aby letecké prostriedky, ktoré sú nasadené z výsostného územia druhej zmluvnej strany, podľa odseku 1, preletali nad jej výsostným územím a pristávali a odlietali aj mimo letísk s colnou a pasovou kontrolou a mimo povolených leteckých plôch.

(3) Použitie leteckých prostriedkov sa bezodkladne oznámi príslušnému orgánu štátu žiadajúceho o pomoc a príslušnému orgánu pre riadenie letovej prevádzky s údajmi o druhu, type a označení leteckého prostriedku, o posádke, náklade, čase odletu, predpokladanej trase letu a mieste pristátia.

(4) Ustanovenia článku 6 sa vzťahujú na posádky a prepravované oddiely pomoci.

(5) Ustanovenia článku 7 sa vzťahujú na letecké prostriedky a ostatnú prepravovanú výbavu a predmety pomoci.

(6) Ak z odsekov 2 a 3 nevyplýva iné, použijú sa vnútroštátne letecké predpisy tej zmluvnej strany, na ktorej území sa vykonáva letecká činnosť.

(7) Použitie vojenských leteckých prostriedkov je povolené len so súhlasom štátu žiadajúceho o pomoc.

Článok 9

Riadenie a koordinácia

(1) Riadenie a koordinácia záchraných prác a pomocných opatrení vyplývajúcich z tejto Zmluvy prislúcha v každom prípade orgánom štátu žiadajúceho o pomoc.

(2) Nariadenia oddielom pomoci štátu poskytujúceho pomoc sú adresované výlučne ich vedúcim, ktorí podriadeným silám nariaďa spôsob ich realizácie.

(3) Orgány štátu žiadajúceho o pomoc poskytnú oddielom pomoci alebo jednotlivým osobám zaslaným na pomoc štátom poskytujúceho pomoc ochranu a pomoc.

Článok 10

Náhrada výdavkov

(1) Štát poskytujúci pomoc nemá voči štátu žiadajúcemu o pomoc nárok na náhradu výdavkov za poskytnutú pomoc. To sa vzťahuje aj na výdavky vzniknuté spotrebovaním, poškodením alebo stratou výbavy.

(2) V prípade úplnej alebo čiastočnej náhrady výdavkov spojených s poskytnutím pomoci bude prednostne odškodnený štát poskytujúci pomoc.

(3) Výdavky spojené s poskytnutím pomoci fyzickými alebo právnickými osobami, ktorú štát poskytujúci pomoc na základe žiadosti len sprostredkoval, uhrádza štát žiadajúci o pomoc.

(4) Oddiely pomoci alebo jednotlivé osoby zaslané na pomoc štátu poskytujúceho pomoc budú mať počas nasadenia v štáte žiadajúcom o pomoc stravu a ubytovanie na jeho účet a po spotrebovaní nimi privezených zásob budú zásobovaní predmetmi osobnej potreby. V prípade potreby sa im poskytne logistické zabezpečenie, ako aj zdravotnícka pomoc.

Článok 11

Náhrada škody

(1) Každá zmluvná strana sa zrieka všetkých nárokov na náhradu škody na majetku voči druhej zmluvnej strane alebo jednotlivým osobám zaslaným na pomoc, ktorá bola spôsobená jednotlivou osobou zaslanou na pomoc druhej zmluvnej strane pri plnení nariadenia.

(2) Každá zmluvná strana sa voči druhej zmluvnej strane alebo voči jednotlivým osobám zaslaným na pomoc zrieka všetkých nárokov na náhradu škody v prípade poškodenia zdravia alebo v prípade smrti osoby zaslanej na pomoc v súvislosti s plnením nariadenia.

(3) Ak spôsobí jednotlivá osoba zaslaná na pomoc zo štátu poskytujúceho pomoc v súvislosti s plnením nariadenia na území štátu žiadajúceho o pomoc škodu tretiemu, potom ručí štát žiadajúci o pomoc za škodu podľa predpisov vzťahujúcich sa na škodu spôsobenú vlastnými osobami poskytujúcimi pomoc. Štát žiadajúci o pomoc nemá regresívny nárok na náhradu škody voči štátu poskytujúcemu pomoc a jednotlivým osobám zaslaným na pomoc.

(4) Pri vypořádání nárokov na náhradu škody orgány zmluvných strán úzko spolupracujú.

(5) Tento článok platí aj po uplynutí platnosti Zmluvy, ak škoda vznikla v čase jej platnosti.

Článok 12

Evakuované osoby

(1) Osoby, ktoré pri katastrofe prišli ako evakuované osoby alebo osoby ich sprevádzajúce z územia jednej zmluvnej strany na územie druhej zmluvnej strany, dostanú až do svojho najskoršieho možného návratu potrebné zaopatrenie a pomoc. Štát žiadajúci o pomoc uhradí výdavky spojené so zaopatrením a návratom týchto osôb.

(2) Každá zmluvná strana je povinná prevziať naspäť evakuované osoby a osoby ich sprevádzajúce, ktoré prišli z jej územia na územie druhej zmluvnej strany. Ak ide o osoby, ktoré nie sú príslušníkmi opätovne prijímajúceho štátu, zostávajú podriadené rovnakému cudzineckoprávnemu štatútu ako pred prekročením štátnej hranice.

Článok 13

Ďalšie formy spolupráce

(1) Zmluvné strany ďalej spolupracujú predovšetkým v nasledujúcich oblastiach:

- a) pri predchádzaní katastrofám tak, že si vymenia všetky vhodné informácie vedecko-technického charakteru a naplánujú rokovania; výskumné programy, odborné kurzy a spoločné cvičenia,
- b) pri výmene informácií o nebezpečenstve, ktoré môže vzniknúť a mať následky aj na území druhej zmluvnej strany; vzájomné informácie zahŕňajú aj odovzdávanie nameraných údajov.

(2) Na spoločné cvičenia sa vzťahujú ustanovenia tejto Zmluvy.

(3) Predmetom výmeny informácií nemôžu byť informácie, ktoré podľa vnútroštátnych právnych predpisov zmluvných strán musia zostať utajené.

Článok 14

Telekomunikatívne a rádiové spojenie

Zmluvné strany prijímú spoločné opatrenia potrebné na telekomunikatívne a rádiové spojenie pri poskytovaní pomoci.

Článok 15

Riešenie sporov

Spory súvisiace s výkladom a vykonávaním tejto Zmluvy, ktoré nemôžu vyriešiť orgány, ktoré sa tým bezprostredne zaoberajú, budú zmluvné strany riešiť diplomatickou cestou.

Článok 16

Iné zmluvné úpravy

Táto Zmluva sa netýka záväzkov vyplývajúcich pre zmluvné strany zo vzájomných dvojstranných zmlúv; to platí pre mnohostranné zmluvy len vtedy, ak táto Zmluva neustanovuje ináč.

Článok 17

Nadobudnutie platnosti

(1) Táto Zmluva podlieha ratifikácii. Ratifikačné listiny budú vymenené v Bratislave.

(2) Táto Zmluva nadobudne platnosť prvý deň tretieho mesiaca nasledujúceho po mesiaci, v ktorom boli vymenené ratifikačné listiny.

Článok 18

Ukončenie platnosti zmluvy

Táto Zmluva sa uzaviera na dobu neurčitú a každá zo zmluvných strán ju môže vypovedať písomne diplomatickou cestou. Platnosť Zmluvy skončí 6 mesiacov odo dňa doručenia oznámenia o výpovedi.

DANÉ vo Viedni dňa 11. 6. 1997 v dvoch pôvodných vyhotoveniach, každé v slovenskom a nemeckom jazyku, pričom obe znenia majú rovnakú platnosť.

Za Slovenskú republiku:

Josef Sestak

Za Rakúsku republiku:

Benita Ferrero-Waldner

[TRANSLATION - TRADUCTION]

TREATY BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE SLOVAK
REPUBLIC CONCERNING COOPERATION AND MUTUAL
ASSISTANCE IN THE EVENT OF DISASTERS

The Republic of Austria and the Slovak Republic
(hereinafter referred to as the Contracting Parties),

Convinced of the need for cooperation between the two States to facilitate mutual assistance in the event of disasters,

Conscious of the fact that these may occur at any time,

Desiring to conclude a treaty between the Republic of Austria and the Slovak Republic concerning cooperation and mutual assistance in the event of disasters,

Have agreed as follows:

Article 1. Purpose

(1) This Treaty lays down the conditions for cooperation and voluntary assistance in the event of disasters in the territory of the other Contracting Party in response to its request, in particular the conditions for the dispatch and deployment of emergency teams, individual emergency workers and materials.

(2) Customary neighbourly assistance within the framework of transboundary cooperation shall not be affected by this Treaty.

Article 2. Definitions

For the purposes of the interpretation and implementation of this Treaty:

The term "disaster" means a natural event or an event caused by unforeseen technical or other occurrences which is of such exceptional scope that a threat to life, health and property has materialized or is imminent;

The term "requesting State" means the Contracting Party whose competent authorities request emergency assistance from the other Contracting Party;

The term "assisting State" means the Contracting Party whose competent authorities respond to a request for emergency assistance from the other Contracting Party;

The terms "emergency team" or "individual emergency workers" mean persons designated by the assisting State to provide emergency assistance;

The term "equipment" means the materials, in particular the technical devices, vehicles and rescue dogs for the emergency operation, as well as items for personal use;

The term "emergency aid supplies" means goods intended for distribution free of charge to the affected population in the territory of the requesting State.

Article 3. Competent authorities

(1) The authorities competent to make and receive requests for assistance shall be:

-- For the Republic of Austria:

The Federal Minister of the Interior;

The Government of the province of Burgenland;

The Government of the province of Lower Austria;

-- For the Slovak Republic:

The Minister of the Interior of the Slovak Republic.

(2) The competent authorities may contact each other directly for the purpose of implementing this Treaty.

(3) The Contracting Parties shall without delay exchange the addresses and telephone and telex numbers of the competent authorities.

(4) The Contracting Parties shall inform one another without delay through the diplomatic channel of any changes in the competencies of the said authorities.

Article 4. Requests for assistance

(1) Assistance shall be provided solely on the basis of a request from the competent authorities of the other Contracting Party.

(2) The request in accordance with paragraph 1 shall be made in writing, or orally, if necessary, in the language of the requested Contracting Party or in English. Oral requests shall subsequently be confirmed in writing.

(3) The competent authorities shall indicate in the request for assistance the nature and scope of the assistance being sought without having to enter into the details of implementation.

Article 5. Types of assistance

(1) Assistance shall be provided through the sending of emergency teams or individual emergency workers, emergency aid supplies or in another appropriate manner.

(2) Emergency teams or individual emergency workers may be deployed in rescue and salvage operations, in dealing with the consequences of disasters and in averting imminent disasters. They shall have the required training and the necessary equipment.

(3) The emergency teams and individual emergency workers may be transported by land, water or air.

Article 6. Frontier crossing and stay

(1) The members of an emergency team may cross the frontier without travel documents and stay in the territory of the requesting State without a visa or residence permit for the duration of the emergency operation. The leader of an emergency team shall be required

to show upon request a document attesting to his status and containing a list of the names of the emergency team members.

(2) In cases of particular urgency, the frontier may be crossed at points other than the authorized frontier crossing points, irrespective of the normally applicable regulations in force. In such cases, the competent frontier surveillance authority shall be informed thereof without delay.

(3) To the extent that this is part of their normal equipment, the emergency teams may wear uniforms in the territory of the requesting State. Firearms and ammunition may not be brought into the territory of the requesting State.

(4) The facilitation measures referred to in paragraphs 1 and 2 concerning frontier crossings shall also apply to persons who have to be evacuated in the event of a disaster.

*Article 7. Frontier crossing for equipment
and emergency aid supplies*

(1) The Contracting Parties shall facilitate the entry and exit of equipment and emergency aid supplies. The leader of an emergency team crossing the frontier shall merely provide the frontier control authorities of the requesting State with a list of the equipment and emergency supplies being brought in. If, in cases of particular urgency, the frontier is crossed at points other than the authorized crossing points, the competent customs office shall be informed thereof at the first opportunity.

(2) The emergency teams or individual emergency workers may not bring in with them articles other than items of equipment and emergency aid supplies.

(3) The prohibitions and restrictions on transboundary traffic in goods shall not apply to equipment and emergency aid supplies. Items of equipment that have not been used up shall be re-exported. If the items of equipment are left behind as emergency aid supplies, their type, quantity and location shall be reported to the responsible authority of the requesting State, which shall notify the competent customs office. In such cases, the domestic laws of the requesting State shall apply.

(4) Paragraph 3 shall also apply to the entry of narcotics and psychotropic substances into the requesting State and the return of non-consumed quantities to the assisting State. Such movements of goods shall not be regarded as import and export within the meaning of international conventions on narcotics and psychotropic substances. Narcotics and psychotropic substances may be brought in only to meet an urgent medical need and may be used only by qualified medical personnel acting in accordance with the laws of the Contracting Party to which the emergency team belongs. The consumed narcotics and psychotropic substances shall be included in the consumption statistics of the assisting State.

(5) The Contracting Parties shall, subject to reciprocity, allow the equipment and emergency aid supplies necessary for emergency operations in the requesting State:

-- To be entered for temporary duty-free use without formalities and without the posting of a bond; and

-- To be exempt from all import duties insofar as they are used up.

Article 8. Operations involving aircraft

(1) Aircraft may be used for the speedy transport of emergency teams or individual emergency workers and for other types of emergency operations.

(2) Each Contracting Party shall permit aircraft used in accordance with paragraph 1 and taking off from the territory of the other Contracting Party to overfly its territory and to land in and take off from points other than airports with passport and customs controls and approved airfields.

(3) The use of aircraft shall be reported without delay to the competent authority of the requesting State and the competent air traffic control centres with information concerning the model, type and registration of the aircraft and concerning its crew, cargo, departure time, anticipated route and landing site.

(4) The provisions of Article 6 shall apply to the crew and to the emergency teams being transported.

(5) The provisions of Article 7 shall apply to the aircraft and other equipment and emergency aid supplies carried therein.

(6) Except as otherwise provided in paragraphs 2 and 3, the domestic air traffic regulations of the Contracting Party in whose territory traffic flight takes place shall apply.

(7) Military aircraft may only be used with the consent of the requesting State.

Article 9. Coordination and direction

(1) In all cases, the authorities of the requesting State shall be responsible for coordinating and directing the rescue and emergency operations provided for under this Treaty.

(2) Instructions for the emergency teams of the assisting State shall be addressed solely to their leaders, who shall brief their personnel on the plan of action.

(3) The authorities of the requesting State shall extend protection and assistance to the emergency teams or individual emergency workers of the assisting State.

Article 10. Operational costs

(1) The assisting State shall have no claim against the requesting State for reimbursement of the cost of the assistance rendered. This shall also apply to costs arising from consumption, damage or loss of equipment.

(2) Where the cost of the assistance rendered is partially or completely recovered, the assisting State shall be given priority as regards reimbursement.

(3) The cost of assistance rendered by natural or legal persons, which the assisting State arranges on request merely as an intermediary shall be borne by the requesting State.

(4) The emergency teams or individual emergency workers of the assisting State shall be provided with food and lodging for the duration of the operation in the requesting State at its expense and supplied with goods for their own use if the stocks brought with them have been exhausted. They shall also receive logistical help, including medical treatment, in case of need.

Article 11. Compensation for damage

(1) Each Contracting Party shall waive all claims for compensation against the other Contracting Party or its designated emergency personnel for damage caused to property by a designated emergency worker of that other Contracting Party in the line of duty.

(2) Each Contracting Party shall waive all claims for compensation against the other Contracting Party or its designated emergency personnel for loss occurrences involving impairment to the health or the death of designated emergency personnel incurred in the line of duty.

(3) If damage is done to third parties in the territory of the requesting State by a designated emergency worker of the assisting State in the line of duty, the requesting State shall incur liability for the damage in accordance with the provisions that would apply if the damage had been caused by its own emergency personnel. The requesting State which has compensated for the damage shall have no recourse against the assisting State or its designated emergency personnel.

(4) The authorities of the Contracting Parties shall cooperate closely in the settlement of claims for compensation.

(5) This article shall continue to apply following the termination of this Treaty, if the damage was incurred while the Treaty was in force.

Article 12. Evacuees

(1) Persons who, in the event of a disaster, have crossed from the territory of one Contracting State to the other as evacuees and their escorts shall receive the necessary care and assistance in that State until the earliest opportunity for their return. The requesting State shall reimburse the cost of such support and repatriation.

(2) Each Contracting Party shall take back persons who crossed from its territory into the territory of the other Contracting Party as evacuees and their escorts. Any such persons who are not nationals of the Contracting Party to which they are returning shall retain the same alien status they had before crossing the frontier.

Article 13. Other forms of cooperation

(1) The Contracting Parties shall cooperate in the following areas in particular:

(a) In preventing disasters, by exchanging all relevant scientific and technical information and arranging for meetings, research programmes, specialized courses and joint exercises;

(b) In exchanging information on hazards that could affect the territory of the other Contracting Party; this exchange of information shall include the transmission of measurement data.

(2) The provisions of this Treaty shall apply, *mutatis mutandis*, to joint exercises.

(3) Information which must remain confidential pursuant to the domestic laws of the Contracting Parties shall not be included in the exchange of information.

Article 14. Telecommunication and radio links

The Contracting Parties shall together make the necessary arrangements for the use of telecommunications and radio links in emergency operations.

Article 15. Settlement of disputes

Disputes relating to the interpretation and implementation of this Treaty that cannot be settled directly by the competent authorities shall be resolved through the diplomatic channel.

Article 16. Other treaty arrangements

Existing bilateral treaty arrangements between the Contracting Parties shall be unaffected; multilateral agreements shall be unaffected only to the extent that this Treaty provides for no other arrangement.

Article 17. Entry into force

(1) This Treaty is subject to ratification. The instruments of ratification shall be exchanged in Preßburg.

(2) This Treaty shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the instruments of ratification have been exchanged.

Article 18. Duration

This Treaty is concluded for an indefinite period and may be denounced in writing by either of the Contracting Parties through the diplomatic channel; it shall cease to have effect six months after receipt of notice.

Done at Vienna, on 11 June 1997, in two originals, in the German and Slovak languages, each text being equally authentic.

For the Republic of Austria:
BENITA FERRERO-WALDNER

For the Slovak Republic:
JOSEF SESTAK

[TRANSLATION - TRADUCTION]

TRAITÉ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE
SLOVAQUE SUR LA COOPÉRATION ET L'ASSISTANCE
RÉCIPROQUE EN CAS DE CATASTROPHES

La République d'Autriche

et

La République slovaque,

(ci-après dénommées les Parties contractantes),

Convaincues de la nécessité d'une coopération entre les deux États afin de faciliter l'assistance mutuelle en cas de catastrophes,

Conscientes qu'un événement de cette nature peut survenir à n'importe quel moment,

Désireuses de conclure un traité entre la République d'Autriche et la République slovaque sur la coopération et l'assistance mutuelle en cas de catastrophes,

Sont convenues de ce qui suit :

Article premier. Objet

1. Le présent Traité régit les conditions générales de la coopération et des prestations volontaires d'assistance en cas de catastrophes dans le territoire de l'autre Partie contractante et, à sa demande, notamment en ce qui concerne l'envoi et la mise en oeuvre de moyens humains et matériels.

2. Le présent Traité ne modifie pas les prestations d'assistance fournies dans le cadre de l'assistance transfrontière traditionnelle de bon voisinage.

Article 2. Définitions

Aux fins du présent Traité :

Le terme "catastrophe" s'entend d'un phénomène naturel ou d'un événement imprévisible de caractère technique ou autre qui, en raison de son importance exceptionnelle, constitue une menace pour la vie, la santé et les biens ou est susceptible de le faire;

L'expression "État d'intervention" désigne la Partie contractante dont les autorités compétentes demandent à l'autre son assistance;

L'expression "État d'envoi" désigne la Partie contractante dont les autorités compétentes répondent à une demande de l'autre Partie contractante;

Les expressions "équipe de secours" ou "secouriste" désignent la ou les personnes que l'État d'envoi désigne pour la prestation de l'assistance;

L'expression "objets d'équipement" désigne le matériel, les moyens, les véhicules et les chiens de sauvetage, ainsi que les objets à usage personnel;

L'expression "moyens de secours" désigne les biens destinés à être distribués à la population touchée sur le territoire de l'intervention.

Article 3. Autorités compétentes

1. Les autorités compétentes pour la présentation et la réception des demandes d'assistance sont :

-- Pour la République d'Autriche : le Ministre de l'Intérieur; le Gouvernement régional du Burgenland; le Gouvernement régional de Basse-Autriche;

-- Pour la République slovaque : le Ministre de l'Intérieur de la République slovaque.

2. Les autorités compétentes sont autorisées à entrer en relations directes aux fins de l'application du présent Traité.

3. Les Parties contractantes échangent les adresses et les numéros de téléphone et indicatifs des autorités compétentes.

4. Les Parties contractantes se communiquent par la voie diplomatique les changements auxquels peuvent procéder les autorités compétentes.

Article 4. Demande d'assistance

1. L'assistance est fournie exclusivement à la demande des autorités compétentes de l'autre Partie contractante.

2. La demande, aux termes du paragraphe 1, est formulée par écrit, parfois oralement dans la langue du pays demandeur ou en anglais. Les demandes formulées oralement doivent être confirmées par écrit.

3. Dans la demande d'assistance, les autorités compétentes décrivent la nature et l'étendue de l'assistance nécessaire sans avoir à préciser les modalités de l'exécution.

Article 5. Modes d'intervention

1. L'assistance sera fournie par l'envoi d'équipes de secours ou de secouristes, de moyens de secours ou d'une autre manière appropriée.

2. Les équipes de secours ou les secouristes peuvent intervenir à des fins d'aide médicale, de sauvetage, de dégagement ou de réparations provisoires. Elles doivent disposer dans la mesure du possible de la formation requise à cette fin ainsi que des matériels et des appareils spéciaux nécessaires.

3. Les équipes de secours ou les secouristes peuvent être envoyés par voie terrestre, aérienne ou maritime.

Article 6. Passage de la frontière et séjour

1. Les membres d'une équipe de secours peuvent franchir la frontière sans passeport et séjourner sur le territoire sans permis de séjour ou visa. Seul le chef de l'équipe pourra être

tenu de justifier sa position au moyen d'un document et de fournir la liste des membres de son équipe.

2. En cas d'urgence particulière, la frontière peut aussi être franchie en dehors des postes frontaliers autorisés sans considération de la réglementation en vigueur à ce sujet. Dans ce cas, il conviendra d'en informer à la première occasion les organes compétents chargés de la surveillance des frontières.

3. Les équipes de secours sont autorisées à porter l'uniforme sur le territoire de l'État d'intervention, dans la mesure où il fait partie de leur équipement habituel. Aucune arme à feu ni munitions ne peuvent être emportées sur le territoire de l'État d'intervention.

4. Les facilités visées aux paragraphes 1 et 2 concernant le passage de la frontière valent également pour les personnes qui doivent être évacuées en cas de catastrophe.

Article 7. Passage du matériel à travers la frontière

1. Les Parties contractantes faciliteront l'importation et l'exportation des objets d'équipement et des moyens de secours. Le chef de l'équipe de secours doit simplement, lors du passage de la frontière, présenter au service de contrôle douanier de l'État d'intervention une liste énumérant les objets d'équipement et les moyens de secours emportés par l'équipe. Si, en cas d'urgence particulière, la frontière est franchie en dehors des postes frontaliers autorisés, il convient de le signaler à un service douanier compétent à la première occasion.

2. Les équipes de secours ou les secouristes ne peuvent apporter avec eux aucune marchandise à part les objets d'équipement et les moyens de secours.

3. Les interdictions et les restrictions régissant la circulation transfrontière des marchandises ne s'appliquent pas aux objets d'équipement ni aux moyens de secours. Les moyens de secours peuvent être importés dans l'État d'intervention en franchise de droits. Les objets d'équipement sont considérés comme admis pour l'utilisation provisoire dans l'État d'intervention sans procédure formelle ni versement d'une caution. Si des objets d'équipement sont consommés, ils restent exonérés de tous droits de douane et autres droits d'entrée. S'ils ne le sont pas, ils sont réexportés. Si des objets d'équipement sont abandonnés comme moyens de secours, il y a lieu d'indiquer leur nature et leur quantité ainsi que le lieu où ils se trouvent à l'autorité responsable de l'État d'intervention, laquelle en informe le service douanier compétent. Dans ce cas, la législation de l'État d'intervention s'applique.

4. L'importation de stupéfiants et de substances psychotropes dans l'État d'intervention et la réexportation des quantités non consommées vers l'État d'envoi sont également régies par les dispositions du paragraphe 3. Cette circulation n'est pas considérée comme importation ou exportation au sens de la Convention internationale sur les stupéfiants et les substances psychotropes. Des stupéfiants et des substances psychotropes ne peuvent être emportés que pour répondre à un besoin médical urgent et ne peuvent être utilisés que par le personnel médical qualifié agissant conformément aux dispositions législatives de l'État contractant auquel appartient l'équipe de secours. Les stupéfiants et les substances psychotropes utilisés figureront dans les statistiques d'utilisation de l'État d'envoi.

5. Les Parties contractantes accorderont dans des conditions de réciprocité, en ce qui concerne les objets d'équipement et les biens d'assistance nécessaires à l'assistance dans l'État d'intervention :

-- L'admission sans procédure formelle et sans constitution de garantie, aux fins d'utilisation temporaire et en exemption de droits; et

-- L'exemption de tout droit d'importation dans la mesure où les biens en question sont consommés.

Article 8. Intervention au moyen d'aéronefs

1. Des aéronefs peuvent être utilisés pour l'acheminement rapide des équipes de secours ou des secouristes isolés et pour tous autres types d'intervention.

2. Chaque Partie contractante autorise les aéronefs utilisés à partir du territoire de l'autre Partie contractante, conformément au paragraphe 1, à survoler son territoire ainsi qu'à atterrir et à décoller en dehors des aérodromes douaniers et des terrains d'aviation autorisés.

3. L'intention d'employer des aéronefs pour une intervention de secours doit être notifiée sans délai à l'autorité requérante avec des indications aussi exactes que possible sur le type et le numéro d'immatriculation de l'aéronef, l'équipage, le chargement l'heure du décollage, l'itinéraire prévu et le lieu d'atterrissage.

4. Les dispositions de l'article 6 s'appliquent aux équipages et aux équipes de secours qui les accompagnent.

5. Les dispositions de l'article 7 s'appliquent aux aéronefs et aux objets d'équipement et moyens de secours embarqués.

6. Sous réserve des dispositions des paragraphes 2 et 3, la réglementation de chaque Partie contractante relative à la circulation aérienne est applicable, et notamment l'obligation de transmettre des informations de vol aux organes de contrôle compétents.

7. L'utilisation d'aéronefs militaires n'est possible qu'avec l'accord de l'État d'intervention.

Article 9. Coordination et direction

1. La coordination et la direction des opérations de sauvetage et de secours incombent dans tous les cas aux autorités compétentes de l'État d'intervention.

2. Les instructions destinées aux équipes de secours de l'État d'envoi seront communiquées exclusivement aux chefs d'équipe, qui régleront les détails d'exécution vis à vis de leurs subalternes.

3. Les autorités de l'État d'intervention accorderont protection et assistance aux équipes de secours ou aux secouristes de l'État d'envoi.

Article 10. Frais d'intervention

1. L'État d'envoi n'a, à l'égard de l'État d'intervention, aucun droit à remboursement des frais des missions de secours. Il en est de même des dépenses dues à l'utilisation, à l'endommagement ou à la perte du matériel.

2. Lorsque les frais des opérations de secours sont récupérés en totalité ou en partie, les frais de l'État d'envoi sont remboursés en priorité.

3. Les frais d'intervention par des personnes physiques et morales de l'État d'envoi uniquement sur demande sont à la charge de l'État d'intervention.

4. Pendant la durée des opérations dans l'État d'intervention, les équipes de secours de l'État d'envoi sont logées et nourries aux frais de ce dernier et elles sont approvisionnées en biens à usage personnel lorsque les stocks emportés sont épuisés. Elles reçoivent en cas de besoin une assistance logistique y compris médicale.

Article 11. Indemnisation

1. Chaque Partie contractante renonce à toute demande d'indemnisation à l'encontre de l'autre Partie contractante ou de son secouriste pour des dommages matériels causés par un secouriste en rapport avec l'accomplissement de sa mission.

2. Chaque Partie contractante renonce à toute demande d'indemnisation à l'encontre de l'autre Partie contractante ou de son secouriste pour des dommages constitués par des lésions corporelles, un préjudice de santé, ou le décès d'un secouriste en rapport avec l'accomplissement de sa mission.

3. Dans le cas où un secouriste de l'État d'envoi cause, dans l'accomplissement de sa mission, un dommage à un tiers, l'État d'intervention est responsable du dommage selon les dispositions qui s'appliqueraient si le dommage avait été causé par l'un de ses propres secouristes. L'État d'intervention qui a versé une indemnisation pour le dommage n'a pas le droit de recours contre l'État d'envoi ou son secouriste.

4. Les autorités des Parties contractantes coopéreront étroitement pour faciliter le règlement des demandes d'indemnisation.

5. Le présent article vaut aussi après la dénonciation du présent Traité lorsque les dégâts n'apparaissent qu'avec le temps.

Article 12. Personnes évacuées

1. Les personnes qui, à l'occasion d'une catastrophe, sont passées du territoire d'une Partie contractante dans l'autre en tant que personnes évacuées bénéficient dans cet État de la prise en charge sociale nécessaire jusqu'au moment où la première occasion leur est donnée de rentrer. L'État d'intervention rembourse les frais de prise en charge et de rapatriement de ces personnes.

2. Chaque Partie contractante est tenue de réadmettre les personnes qui sont passées de son territoire dans celui de l'autre Partie contractante en tant que personnes évacuées. Si ces personnes ne sont pas des ressortissants de la Partie contractante qui procède à la réadmission, elles conserveront le même statut étranger qu'avant d'avoir franchi la frontière.

Article 13. Autres formes de coopération

1. Les Parties contractantes coopéreront, conformément à leur législation intérieure, notamment dans les domaines suivants :

a) Pour prévenir les catastrophes en échangeant toutes les informations scientifiques et techniques utiles et en prévoyant des réunions, des programmes de recherche, des cours spécialisés et des exercices d'intervention sur le territoire des deux Parties contractantes;

b) Pour échanger des informations sur les dangers et les dommages qui pourraient menacer le territoire de l'autre Partie contractante; cet échange d'informations inclut la communication à titre préventif de données techniques.

2. Les dispositions du présent Traité s'appliquent mutatis mutandis aux exercices communs.

3. Les renseignements qui, aux termes de la législation intérieure des Parties contractantes, sont secrets ne peuvent pas être échangés.

Article 14. Télécommunications

Les Parties contractantes prennent en commun les mesures nécessaires pour permettre les télécommunications relatives à la fourniture d'assistance.

Article 15. Règlement des différends

Les différends relatifs à l'application du présent Traité, qui ne peuvent être réglés directement par les autorités compétentes, le seront par la voie diplomatique.

Article 16. Autres dispositions contractuelles

Les dispositions contractuelles bilatérales entre les Parties contractantes restent inchangées, de même que les conventions multilatérales, dans la mesure où le présent Traité ne prévoit pas d'autres dispositions.

Article 17. Entrée en vigueur

1. Le présent Traité est soumis à ratification. Les instruments de ratification seront échangés à Bratislava.

2. Le présent Traité entre en vigueur le premier jour du troisième mois qui suit celui au cours duquel a lieu l'échange des instruments de ratification.

Article 18. Durée de validité

Le présent Traité est conclu pour une durée indéterminée et peut être dénoncé par chaque Partie contractante par écrit et par la voie diplomatique. Dans ce cas, il cesse d'être valide six mois après la date de sa dénonciation.

Fait à Vienne le 11 juin 1997 en deux exemplaires originaux en langues allemande et slovaque, les deux textes faisant également foi.

Pour la République d'Autriche :
BENITA FERRERO-WALDNER

Pour la République slovaque :
JOSEF SESTAK